Arbeiterstimme

Einzelnummer 10 Pfennig
Bei Zeitungshändlern und in allen Kiosken erhältlich

Tageszeitung der KPD / Sektion der Kommunistischen Internationale / Bezirk Ostsachsen
Beilagen: Der rote Stern / Der kommunistische Genossenschafter / Wirtschaftliche Rundschau / Kunst und Wissen

Bezugspreis monatlich frei Haus 2 RM. (halbmonatl. 1 RM.), durch die Post bezogen monatl. 2 RM. (ohne Zustellungsgebühr) / Verlag: Dresdner Verlagsgesellschaft m. b. H., Dresden-A. / Geschäftsstelle u. Expedition: Güterbahnhofstr. 2 / Fernsprecher: 17259 / Postscheckkonto: Dresden Nr. 15690. Dresdner Verlagsgesellschaft. Schriftleitung: Dresden-A., Güterbahnhofstr. 2 / Fernspr. Amt Dresden Nr. 17259 / Drahtanschrift: Arbeiterstimme Dresden / Sprechstunden der Redaktion: Wochentags 4—6 Uhr (außer Dienstag u. Donnerstag)

Anzeigenpreis: Die neunmal gespaltene Nonpareillezeile oder deren Raum 0,30 RM., für Familienanzeigen 0,20 RM. für die Reklamezeile anschließend an den dreispaltigen Teil einer Textseite 1,50 RM. Anzeigen-Annahme wochentags bis 9 Uhr vormittags in der Expedition Dresden-A., Güterbahnhofstraße 2 / Die „Arbeiterstimme" erscheint täglich außer an Sonn- und Feiertagen / In Fällen höherer Gewalt besteht kein Anspruch auf Lieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises

3. Jahrgang — Dienstag, den 27. September 1927 — Nummer 226

„Wiederaufbau" im Hochwassergebiet

Die Hilfsaktion für die Opfer des 8. Juli

Zur heutigen Landtagseröffnung
von Rudolf Renner

Heute beschäftigt sich der Landtag mit den Maßnahmen der Regierung für die Geschädigten des Unwetters des Osterzgebirges. Die Regierung hat einige Vorlagen, ein Gesetz über die Bewilligung von 13 300 000 RM, sowie zwei Berichte herausgegeben. Der größte Teil der Presse hat diese Berichte schon zum Abdruck gebracht. Wer die Berichte gelesen, soll glauben, es sei mit dem Helfen und Wiederaufbauen alles in schönster Ordnung. Doch gibt es einige Dinge, über die selbst der urteilsfähige Leser stolpern mußte.

In einer Vorlage gibt die Regierung nach Hinweisen über die eventuellen Ursachen und die Größe des Unwetters den angerichteten Schaden an. Dabei wird festgestellt, daß der Privatschaden rund 14 500 000 RM., der Schaden an Ufermauern und Flußbetten 6 000 000 RM, der an öffentlichen Verkehrsanlagen rund 9 250 000 RM beträgt. Hierzu kommen für allgemeine Hilfsmaßnahmen noch 2 Millionen Mark. Der Gesamtschaden beziffert sich auf 31½ Millionen RM.

In den Berichten der Regierung wird nun besonders das schnelle und exakte Arbeiten bei den Aufräumungsarbeiten hervorgehoben. Es wird dann gesagt, 3 817 000 Mark seien für Räumungsarbeiten, Straßen- und Brückenherstellung, Wiederinstandsetzung der Häuser, der Gas-, Elektrizitäts- und Wasserwerke ausgegeben worden. Während die Regierung auf der einen Seite den den Gemeinden und dem Staate an öffentlichen Verkehrsanlagen erwachsenden Schaden mit 9 250 000 RM angibt, erklärt sie auf der anderen Seite, die Kosten für die Uferbefestigung, Straßen- und Brückenbauten belaufen sich auf 16 Millionen RM. Nun soll ein Teil dieser Mittel aus der produktiven Erwerbslosenunterstützung genommen werden. Hieraus errechnet man einen Betrag von 1 084 000 RM. Ein weiterer Betrag soll als Darlehen in Höhe von 3 254 400 RM derselben Quelle entnommen werden. Aufzubringen wären demnach noch 11 000 800 RM.

Die für uns zumeist Interesse erweckende Frage ist: wie ist denn nun den Betroffenen geholfen worden? Der Ministerpräsident hat in seiner ersten Rede erklärt, es müsse alles getan werden, um die durch schwere Verluste, z. T. von Familienangehörigen, Betroffenen, vor finanziellen Sorgen zu schützen. Wenn man aber beachtet, wie die Unterstützung der Geschädigten aussieht, dann weiß man sofort, daß kapitalistische Regierungen wohl Versprechen abgeben, die Durchführung der Maßnahmen aber anders aussieht. Nach den eigenen Angaben der Regierung beträgt der Privatschaden 14,5 Millionen Mark. Die bis jetzt als Schadenersatz verausgabte Summe beträgt aber nur eine halbe Million Mark. Deutlicher wie diese Zahlen beweisen, kann kein Beweis dafür erbracht werden, daß den Geschädigten bisher fast gar nicht geholfen worden ist. Die Gelder aber, die bisher ausgeworfen wurden, sind fast ausschließlich den Unternehmern zur Verfügung gestellt worden. Die kleinen Geschädigten, die armen Teufel, die Häusler und Mieter, haben an Entschädigung bisher so gut wie nichts erhalten. Zum Teil sind sie wieder in die verschlammten, gesundheitsschädlichen Wohnungen gegangen, zum Teil hausen sie noch in Notbaracken.

Die Regierung spekuliert allem Anschein nach darauf, daß die Pietät die Kritik in diesem Falle verbiete. Die Regierung erklärt zwar, die Wiederherstellung der Wohnungen sei eingeleitet, jedoch teilt sie gleichzeitig mit, daß von den vernichteten 120 Wohnungen nur 85 wieder erstellt werden sollen. Die ehemaligen Bewohner der übrigen Wohnungen seien entweder Opfer der Katastrophe geworden oder fortgezogen. Nun wollen aber einige Gemeinden andere Mieter aufnehmen. Die Regierung verweigert aber hier den Gemeinden die Unterstützung. Bei der Schadenschätzung für den Privatschaden wurde lediglich der Zeitwert zugrunde gelegt. Das heißt, zum Wiederaufbau sind die geschätzten Summen viel zu gering. Nun erklärt die Regierung aber, daß den Geschädigten der geschätzte, also schon niedrige Schaden mit zwei Drittel gegeben werden soll. Man hat dann zwar 4 Gruppen gebildet, die verschieden entschädigt werden sollen. Davon will man einigen unter, einigen über zwei Drittel geben. Nach den Erfahrungen der bisherigen Praxis ist anzunehmen, daß die ärmsten Betroffenen aber die prozentual geringste Entschädigung erhalten. Die Neubeschaffung ist selbst mit den geschätzten Summen nicht möglich. Da man aber noch weniger auszahlen will, werden die getroffenen kleinen Leute und Proleten nicht in der Lage sein, auch nur die notwendigsten Wiederanschaffungen zu machen. Wir sind dafür, daß die besitzenden Betroffenen nicht in vollem Umfange entschädigt werden. Für die Minderbemittelten verlangen wir aber volle Entschädigung, und zwar in der Höhe des Wiederbeschaffungswertes. Daran denkt man aber bei der Regierung nicht. Dagegen mußte man die Gelegenheit, der Kraftverkehrsgesellschaft mit einem Darlehen von 300 000 Mark unter die Arme zu greifen. Die Regierung gewährte bisher der Kraftverkehrsgesellschaft also eine Summe in gleicher Höhe, wie an die Geschädigten ausgegeben worden.

Die Regierung berichtet über die durchgeführten Notstandsarbeiten, daß diese in 14 Tagen soweit erledigt waren, daß die Straßen wieder hergestellt, die Elektrizitäts- und Wasserwerke wieder in Ordnung waren. Zur ersten Zeit habe man 10 000 Arbeiter beschäftigt, jetzt noch 900. Auf die Frage der Arbeitsverhältnisse brauchen wir nicht besonders einzugehen. Wir haben dazu mehrfach und ausdrücklich gesprochen. Aber wer heute durch das Katastrophengebiet wandert, der sieht, daß immer noch die Bäche voll Geröll und Schutt liegen. Die Aufräumungsarbeiten sind noch lange nicht in dem Maße fertiggestellt, daß sie eine Entlassung der Arbeiter gerechtfertigt hätten. Dann aber steht die Aufgabe der Neueinfassung der Flußbetten, um Ueberschwemmungen zu verhindern. Mit großen Arbeitermassen hätte diese Arbeit zum schnellen Abschluß gebracht werden müssen. Tritt jetzt mit dem Herbst Regenwetter ein, dann ist die Gefahr der Ueberschwemmung ständig gegeben. Die Entlassungen hat man aber durchgeführt, um die Löhne zu drücken, die noch beschäftigt bleibenden Arbeiter mit niedrigerem Lohn abzufinden.

Genau so wenig, wie den privaten Geschädigten geholfen wurde, wurde den Gemeinden in ausreichender Weise Unterstützung zuteil. Vor uns liegen eine Anzahl Berichte und Mitteilungen aus den einzelnen Gemeinden, die das tatsächliche Verhalten der Regierung kennzeichnen. Wir schicken voraus, daß diese Mitteilungen nicht etwa aus der Anfangszeit stammen, sondern von unseren Berichterstattern im September, und zwar in der vorigen Woche zusammengeholt sind. Darunter befinden sich einige Berichte von den Gemeindebehörden. In Glashütte zeigte sich am drastischsten, daß die Entlassungen der Arbeiter zum Zwecke des Lohndruckes erfolgten. Die Aufräumungsarbeiten sind noch nicht vollständig durchgeführt. Das Geröll liegt noch umher. Die Einwohnerschaft war durch die Maßnahmen der verantwortlichen Stellen, die durch die Arbeiterentlassungen die Arbeiten verzögern, so erbittert, daß sie unter der Führung der KPD eine wuchtige Protestkundgebung veranstalteten. An diese Protestkundgebung schlossen sich die Reichsbanner- und SPD-Arbeiter fast restlos an. Die Gemeinde hat keine Mittel, um von sich aus die Arbeiten auszudehnen. In Schlottwitz und Mühlbach-Häselich das gleiche Bild. Die Gemeinde ist erbittert, daß die Regierung das zur Schlammentfernung zugesagte Geld nicht zur Auszahlung bringt. In dem schwerbeschädigten Berggießhübel befinden sich die Obdachlosen noch in den vollständig unzureichenden Baracken. Nur zwei Familien wurden einigermaßen ausreichend untergebracht. Hier war ja von Anfang an bezeichnend, daß die größte Sorge auf das Anwesen des Grafen Rex verwendet wurde, der ja auch am schnellsten mit der Anmeldung der Schäden bei der Hand war. Als erste Baumaßnahme wurde der Holzbau einer katholischen Kirche ausgeführt, obgleich vorher in Berggießhübel keine solche Kirche gestanden hatte. An Sammelgeldern wurden dort 4000 Mark verteilt. Im August wurden die Hilfsmaßnahmen eingestellt, große Mengen Arbeiter entlassen, obgleich das Flußbett noch verstopft war. Selbst im Stadtgebiet war die Ausbaggerung nicht durchgeführt. Jeder starke Regenfall kann Ueberschwemmungen mit sich bringen. Die Zahl der beschäftigten Arbeiter müßte verfünfacht werden, um eine wirkungsvolle Arbeit zu leisten. Die Gemeinde Gottleuba führte starke Beschwerde gegen das Verhalten der Regierung. Auch hier gehen die Wiederherstellungsarbeiten infolge der Arbeiterentlassungen nur langsam vor sich. Die Wasserleitung wurde nur provisorisch oberirdisch hergerichtet. Die Staatsregierung weigert sich, die Herstellung vorzunehmen, die Stadt hat kein Geld. Einsetzender Frost bringt die Gefahr des Zufrierens der Wasserleitung mit sich. Die Stadt braucht 12 Wohnungen. Der Staat will nur die Kosten für 4 übernehmen. Die Stadt möchte einige Wohnungen für auswärts wohnende Beamte erstellen. Die Regierung verweigert die Beizuschussung. Eine Försterswitwe, deren Mann von Wilderern erschossen wurde, wohnt in einem Keller des Schlosses Gieleastein. Die Frau möchte nach Gottleuba ziehen, um bessere Verdienstmöglichkeiten zu erhalten, aber auch hierzu verweigert der Staat den Zuschuß.

Wir können hier nicht auf alle Einzelheiten eingehen. Jedoch zu dem Verhalten gegenüber der Gemeinde Pirna sei noch einiges gesagt. Die Stadtgemeinde Pirna hat ihren Schaden mit 651 377,95 RM angegeben. Bis auf 10 000 RM wurde dies auch anerkannt. Erhalten hat die Stadt bis zum 19. September 250 RM. In den ersten Tagen nach der Katastrophe erhielt die Stadt überhaupt keine Zuwendungen. Erst nach Vorstelligwerden unseres Abgeordneten Renner erhielt die Stadt nach und nach einige Gelder. Von diesen 650 000 RM will der Staat zwei Drittel tragen.

Zu diesen Ausgaben kommen aber ca. 244 100 RM durch Ufereinbrüche usw. sowie 100 000 RM für Aufräumungsarbeiten. Auch in Pirna ist, wie aus dem Stadtverordnetenbericht vom 13. September hervorgeht, selbst im Stadtgebiet die Gottleuba

Wirbelsturmkatastrophe in China

5000 Menschen durch Taifun getötet — 2000 Häuser zerstört

In Jungkong, 180 Meilen südwestlich Hongkongs, ereignete sich eine furchtbare Wirbelsturmkatastrophe. Von einem mit einer Springflut verbundenen Taifun wurde eine gewaltige Zerstörung angerichtet. Innerhalb der Zeit von wenigen Minuten wurden 2000 Häuser und Hunderte von Dschunken zerstört. 5000 Menschen wurden getötet. Der Sachschaden ist unermeßlich. Nach bisher vorliegenden wenigen Meldungen ereignete sich die Katastrophe so schnell, daß es für keinen Menschen Rettung gab. Mit furchtbarem Brausen wirbelte der Sturm über die Stadt. Die Häuser wurden umgerissen wie Pappschachteln. Durch die Wassermassen der Springflut ertranken die meisten Menschen, soweit sie durch die Sturmkatastrophe nicht getötet waren. Daraus erklärt sich auch wohl die ungeheuer große Zahl der Opfer. Weitere Meldungen über die furchtbare Katastrophe liegen noch nicht vor, da Jungkong vollständig vom Verkehr abgeschnitten ist.

Hörsings Glückwunsch an Hindenburg

Die Arbeiter lehnen ab

Berlin, 27. September. (Eigene Drahtmeldung.)

Die Berliner demokratische Zeitschrift „Tagebuch" teilt in ihrer neuesten Nummer mit, daß Hörsing vergangene Woche sich die größte Mühe gegeben habe, die Berliner Ortsgruppe des Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold dazu zu bewegen, zu Hindenburgs 80. Geburtstag gemeinsam mit dem schwarz-weiß-roten Verbänden Spalier zu stehen. **Die Berliner Ortsgruppenleiter des Reichsbanners beschlossen mit Mehrheit, nicht an diesem Spalierdienst teilzunehmen,** so daß es bei dem Glückwunsch der Bundesleitung des Reichsbanners für den monarchischen Feldmarschall bleiben wird.

Die KPD ruft zur Kundgebung gegen den Hindenburg-Rummel auf

Berlin, 27. September. (Eigene Drahtmeldung.)

Die KPD, der RFB, RAMB, KJVD, die RHD, JAH und der JB der Opfer des Krieges und der Arbeit rufen in der heutigen Roten Fahne zu einer Massendemonstration am Sonntag, 2. Oktober, im Lustgarten auf. In dem Aufruf wird auf die Ablehnung des Vorschlages der Kommunisten durch die SPD- und Reichsbannerführung hingewiesen, die damit beabsichtigen, die einheitliche Kampffront gegen die Reaktion im Innern und gegen den Krieg gegen die Sowjetunion zu zerschlagen. Die Demonstration soll im Zeichen folgender Losungen stehen: **Gegen das Zuchthaus- und Hungerregiment des Bürgerblocks! Gegen die imperialistischen Kriegstreiber! Gegen die Kulturreaktion und das Reichsschulgesetz! Gegen den Mietwucher! Für die Generalamnestie aller proletarischen politischen Gefangenen! Für die Erhöhung der Löhne und Gehälter! Für die Erhöhung der Renten der Kriegsopfer und der Arbeitsinvaliden! Für die Verteidigung der Sowjetunion! Für die Arbeiter- und Bauernregierung!**

Die Kriegsvorbereitungen von Genf

Stresemann verhandelt über die Aufrüstung der Reichswehr

Genf, 27. September. (Eigene Drahtmeldung.)

Die Völkerbundversammlung nahm gestern die bekannte Kompromißresolution des Abrüstungsausschusses an, nachdem am Sonnabend Stresemann, Lord Oslow und Boncour einander widersprechende Reden gehalten hatten. Während Stresemann auf Grund der Resolution eine Ausgleichung der Rüstungen auf Grund der bestehenden Sicherheitspakte forderte, wünschte Boncour weitere Sicherheitsverträge, die von allen Großmächten garantiert werden müßten. Lord Oslow im Gegenteil betonte, daß England nicht daran denke, bestehende Verträge durch neue Garantieverträge zu stützen. So las jeder aus der Kompromißresolution heraus, was ihm paßte.

Wie jetzt bekannt wird, hat sich Amerika von weiteren Vollmachten der Abrüstungskommission vorläufig gänzlich zurückgezogen.

Neben den amtlichen Schlußfeierlichkeiten laufen private Verhandlungen. Stresemann verhandelt mit Briand und wird wahrscheinlich noch weitere Unterredungen mit ihm haben. Stresemann und Hindenburg haben mit der Aufrollung der Kriegsschuldfrage die Revision des Versailler Vertrages eingeleitet. Während Poincaré und Jasper auf die Tannenberger Rede Hindenburgs eine unmißverständliche Antwort erteilten, hielten sich die Engländer zurück.

Die französische Presse vermutet hinter dem deutschen Propagandafeldzug in der Kriegsschuldfrage die Absicht Stresemanns, die Aufrüstung Deutschlands auf die Tagesordnung zu setzen und die militärische Klausel des Versailler Vertrages zu revidieren. Diese französischen Pressestimmen werden durch sehr bestimmt lautende Nachrichten darüber erhärtet, daß Stresemann in Genf auch mit Chamberlain über die bekannte Aufrüstung der Reichswehr weiter verhandelt hätte.